BERICHT AUS BERLIN
von Dr. Inge Gräßle

Ausgabe 055 | 28.6.2024

Deutschland in NATO und EU: Vom Stabilitätsanker zum Unsicherheitsfaktor

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz hat der Ampel-Regierung vorgeworfen, die Rolle Deutschlands als europäischer Stabilitätsanker zu verspielen. Merz sagte im Bundestag: „Von keinem Land geht so viel Unsicherheit und so viel Unklarheit aus in Europa wie gegenwärtig von Deutschland.“ Gut sei deshalb, dass die Europäische Volkspartei, zu der CDU und CSU gehören, als klare Siegerin aus der Europawahl hervorgegangen sei. Auch begrüßte er, dass der Europäische Rat Ursula von der Leyen erneut als EU-Kommissionspräsidentin nominiert hat.

Die EU-Staats- und Regierungschefs treffen sich in der zweiten Wochenhälfte in Brüssel, um über die personalpolitische und thematische Aufstellung der EU für die kommenden fünf Jahre zu beraten. Darüber sowie über den Anfang Juli bevorstehenden NATO-Jubiläumsgipfel gab Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag eine Regierungserklärung ab, auf die Merz antwortete.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende nannte als größte Herausforderungen, vor denen Europa in nächster Zeit steht, den Ausbau der Verteidigungsfähigkeit und die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Warnung vor „Achse der Autokratien“

Vor den Bedrohungen durch eine „Achse der Autokratien“ warnte Merz eindringlich. Repressive Regime wie Russland, Iran, Nordkorea und China arbeiteten nicht isoliert voneinander, sondern forderten die Demokratien des Westens in einem offenen Systemkonflikt gemeinsam heraus.

In der Ukraine und in Israel entscheide sich daher nicht nur das Schicksal der dort lebenden Menschen, sagte Merz. „Dort entscheidet sich auch die Frage, ob Demokratien im 21. Jahrhundert gegen die Aggression von Autokratien bestehen können – und ob wir als europäische Wertegemeinschaft die Kraft und den Willen zu unserer gemeinsamen Verteidigung aufbringen.“

https://de-de.facebook.com/dringegraessle
https://www.instagram.com/inge.graessle/
www.inge-graessle.de
Bundestagsbüro
Platz der Republik - 11011 Berlin
T: 030 227 73459

Deutschland erneut „kranker Mann Europas“

Vor diesem Hintergrund zeigte sich Merz erschüttert über die zerstrittene und unfähige Regierungskoalition in Berlin. Als Beispiele für deren Unfähigkeit nannte er die Tatsache, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Ranking immer weiter absinke. Deutschland sei erneut der „kranke Mann Europas“. Deutschland richte sich unter Ampel-Regierung in der Dauerstagnation ein.

Die Bundesregierung steht in beiden Organisationen unter Beobachtung. Die oft selbst beanspruchte und auch von unseren Alliierten und Partnern erwartete Führungsrolle muss endlich angenommen und untermauert werden, um nicht noch weiter an Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu verlieren.

Was mich wirklich ärgert:

Die ständige Enthaltung zu wichtigen europäischen Fragen („German Vote“) und Blockadehaltung in Brüssel müssen der Vergangenheit angehören. Insbesondere bei den Verteidigungsausgaben ist die Bundesregierung nun gefordert, im Rahmen des nächsten Haushalts einen belastbaren Finanzplan zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit vorzulegen.

Deutschland zeichnet sich durch eine heterogene Bevölkerungsverteilung aus. Dies ist eine große Herausforderung bei der Sicherstellung einer adäquaten und flächendeckenden Gesundheitsversorgung. Der demografische Wandel wird das bereits bestehende Problem weiter verschärfen. Daher schlägt unser Antrag

Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum stärken

ein Bündel an Maßnahmen zur Stärkung der ländlichen Versorgung vor.

Wir greifen auf die erfolgreichen Vorarbeiten der unionsgeführten Bundesregierung in den letzten beiden Legislaturperioden zurück und setzen die Arbeit zur Stärkung der medizinischen Versorgung in ländlichen, strukturschwachen Regionen fort. Dazu gehört u. a. die Stärkung der Telemedizin, die weitere Nutzung von delegationsfähigen Leistungen sowie die Setzung von Niederlassungsanreizen.

Zusammen mit unserem Antrag beraten wir den ***Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune***.

Damit soll der Hausarztberuf deutlich attraktiver, die ambulante regionale Versorgung gestärkt, die hausärztliche und die ambulante psychotherapeutische Versorgung weiterentwickelt, der Leistungszugang verbessert und die Transparenz erhöht werden. Alle Hausarztleistungen einschließlich Hausbesuche werden künftig ohne Kürzungen vergütet.

Darüber hinaus gilt: Bis auf wenige Ansätze ist das Vorhaben mutlos und bleibt, bspw. in der psychotherapeutischen Versorgung, weit hinter dem Erforderlichen zurück. Insgesamt ist das Gesetz eine vergebene Chance, die Gesundheitsversorgung in Deutschland nachhaltig zu verbessern.

Überdies beraten wir in dieser Woche in erster Lesung den

Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen

Überlastung des Personals, Investitionsstau und akute Finanznöte sind Alltag in vielen Kliniken. Daher besteht zwischen Bund und Ländern grundsätzlich Einigkeit, dass eine Krankenhausreform notwendig ist.

Gelingen kann eine Krankenhausreform aber nur mit geeigneten Regelungen, die praxistauglich sind, die Krankenhausplanung als Aufgabe der Länder klar beachten und Transparenz über zukünftige Strukturen bewahren. Leider wird der Gesetzentwurf diesen Aspekten bislang nicht gerecht.

Für den derzeit bereits anlaufenden kalten Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft bedarf es einer notwendigen Übergangsfinanzierung, bis die Krankenhausreform ihre gezielte Wirkung entfalten kann.

Unser Antrag

„Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa – Für mehr Begrenzung und Humanität im Asylrecht"

Die Regierungspolitik der ungesteuerten Migration hat keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Die hohe Zahl der Asylsuchenden überfordert die Aufnahmekapazitäten und Integrationsmöglichkeiten Deutschlands bei Weitem, zumal Deutschland eine zusätzliche humanitäre Verpflichtung für 1,1 Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wahrnimmt.

Wir wollen die Kontrolle über die Einwanderung nach Deutschland zurückgewinnen, irreguläre Migration stoppen und humanitäre Migration auf ein integrierbares Maß begrenzen.

Dafür haben wir in Anträgen und in unserem 26-Punkte-Plan vom Oktober 2023 kurzfristig wirksame Maßnahmen vorgelegt. Mittel- und langfristig wollen wir das Konzept der sicheren Drittstaaten zum Leitprinzip des europäischen Asylrechts machen: „Schutz durch Europa muss nicht heißen Schutz in Europa".

Wer in der EU Asyl beantragt, soll zukünftig in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt werden und dort das Asylverfahren durchlaufen. Erfolgreiche Anträge führen zu Schutz im Drittstaat, negative Entscheidungen zu einer Rückkehr in das Herkunftsland. Damit erreichen wir mehr Humanität und Kontrolle in der Migrationspolitik, zerschlagen das Geschäftsmodell der Schleuser und stellen durch Kontingentaufnahme die Hilfe für diejenigen Menschen in den Mittelpunkt, die unseren Schutz wirklich benötigen.

Stabilität und Nachhaltigkeit der Finanzierung der Sozialversicherung

Das Sozialversicherungssystem in Deutschland hat eine lange Tradition und es hat sich bewährt. Es ist leistungsstark und ermöglicht für die gesamte Bevölkerung eine sehr gute medizinisch-pflegerische Versorgung, finanzielle Absicherung im Alter sowie bei Arbeitslosigkeit. Diesen hohen Standard gilt es auch in Zukunft zu erhalten und generationengerecht auszugestalten. Grundlage dafür ist eine starke Wirtschaft.

Unsere Große Anfrage an die Bundesregierung – die wir in dieser Woche im Plenum debattieren – stellt die Stabilität und Nachhaltigkeit der Finanzierung der Sozialversicherung in den Mittelpunkt. In dieser werden für jeden einzelnen Zweig die finanziellen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren erfragt. **Die Summe der Beitragssätze in der Sozialversicherung hat längst die wichtige Marke von 40 Prozent überschritten.**

Die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung werden dadurch konterkariert, dass sie die Wirtschaft wiederum belasten und so einen Aufschwung erschweren. Es bedarf eines entschiedenen Gegensteuerns mit dem Ziel, die Sozialabgaben bei 40 Prozent zu begrenzen.

Aktuelle Stunde

„Meinungsfreiheit schützen – Boykott von wissenschaftlichen und demokratischen Veranstaltungen an deutschen Hochschulen verhindern“

Wir erleben zunehmend, dass demokratische Diskurse über gesellschaftlich relevante Themen gerade an Hochschulen einseitig boykottiert werden. Vorlesungen von Wissenschaftlern werden verhindert, weil Forschungsarbeiten dem politischen Weltbild von Störern nicht entsprechen. Bundesminister werden massiv gestört und Veranstaltungen sogar abgebrochen.

Jüngstes Beispiel ist eine Diskussionsveranstaltung des Rings-Christlich-Demokratischer-Studenten (RCDS) am 19. Juni an der Universität Göttingen, zu der unsere Familienpolitikerin Mareike Wulf MdB eingeladen war, um über ihre Perspektive zum sogenannten „Selbstbestimmungsrecht“ zu sprechen. Ihr wurde von linken, zum Teil vermummten Chaoten die Möglichkeit einer Einordnung durch massiven Protest genommen und sie musste unter Polizeischutz aus dem Gebäude geführt werden. Die Veranstaltung konnte somit nicht stattfinden.

Die Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) und die Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 GG) haben in Deutschland Verfassungsrang. Hochschulen sind Orte des öffentlichen Diskurses, an denen das Für und Wider von wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Themen debattiert werden. Die Freiheit des Denkens muss an den Hochschulen gewährleistet sein. Es ist alarmierend, wenn Debatten, die sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen, verhindert werden. Die Meinungsfreiheit ist ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie und Voraussetzung für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Werden Meinungsäußerungen und Diskussionen verhindert, führt dies letztlich zur Spaltung; das darf nicht geschehen.

Ich verurteile jeden Versuch, den freien Diskurs an Hochschulen einzuschränken. Es braucht ein gemeinsames Verständnis dazu, dass als Reaktion auf solche Taten oder auf Störungen von Vorlesungen, Vorträgen oder sonstigen Veranstaltungen unverzüglich und wirksam mittels Strafanzeige und Hausverbot gegen die Störer vorgegangen und der ungestörte weitere Verlauf der Veranstaltung geschützt wird.

In dieser Woche beraten wir zwei wichtige Anträge unserer Fraktion zur Wirtschaftspolitik in verbundener Debatte. Mit unseren Anträgen

Unterlassene Hilfeleistung beenden – Wirtschaftswende jetzt einleiten – Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft

und

Für Wachstum und mehr Wettbewerbsfähigkeit – Die deutsche Wirtschaft braucht jetzt ein Sofortprogramm

stellen wir dringend benötigte und schnell wirksame Maßnahmen für eine echte „Wirtschaftswende“ in den Vordergrund. Die aktuelle Wirtschaftslage ist weiterhin kritisch und fragil. Deutschland befindet sich in einer Rezession.

Der Industriestandort leidet besonders unter den hohen Energiekosten, zu viel Bürokratie und dem schwachen weltwirtschaftlichen Umfeld, nicht zuletzt der Konjunkturschwäche Chinas. Wir fordern deshalb strukturelle Verbesserungen für eine echte wirtschaftspolitische Trendwende – wie ein Belastungsmoratorium und Maßnahmen zur spürbaren und raschen Bürokratieentlastung. Unternehmen und Verbraucher benötigen günstigere Energie, durch eine Ausweitung des Energieangebots und die Reduzierung der Stromsteuer. Die Sozialabgaben müssen bei 40 Prozent gedeckelt werden; die Steuerbelastung von Unternehmen soll auf 25 Prozent sinken.

Bundesverkehrswegeplan 2030 zügig umsetzen – Straße als Verkehrsträger Nummer eins stärken

Eine gut ausgebaute, leistungsfähige und sichere Verkehrsinfrastruktur ist Garant für wirtschaftliches Wachstum in Deutschland, die Stärkung der Standortattraktivität sowie der gesellschaftlichen Teilhabe der Menschen in Stadt und auf dem Land.

Um diese Verkehrsinfrastruktur zu schaffen und zu erhalten, ist die zügige Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 (BVWP 2030) eine wichtige Voraussetzung. Seit etwa drei Jahren sinken aber die Investitionen im Verkehrsbereich real. Dies ist u.a. auf die steigenden Material-, Bau- und Planungskosten zurückzuführen, die bei der Finanzierung der Verkehrsprojekte durch die Bundesregierung nicht angemessen berücksichtigt werden. Zudem sind die Rahmenbedingungen für eine schnelle und günstige Planung, Genehmigung und Umsetzung von Verkehrsprojekten nicht ausgeschöpft. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmals beraten – fordern wir die Bundesregierung auf, die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur an den tatsächlichen Begebenheiten auszurichten und die Verkehrsträger nicht gegeneinander auszuspielen.

Mit unserem Antrag

Mobilfunk im ländlichen Raum stärken – Nutzererlebnis in den Fokus stellen

– den wir in dieser Woche erstmals beraten – legen wir war, wie der Mobilfunkausbau im ländlichen Raum und das Nutzererlebnis nachhaltig verbessert werden kann.

Obgleich der Mobilfunkausbau in den letzten Jahren Fortschritte gemacht hat, ist es der aktuellen Bundesregierung nicht gelungen, zukunftsweisende Impulse zu setzen.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, die Mobilfunk-Förderung des Bundes über den 31. Dezember 2024 hinaus zu verlängern und die Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft (MIG) weiterzuführen, um bestehende Projekte abzuschließen. Darüber hinaus erwarten wir, dass die tatsächliche Nutzererfahrung in den Versorgungsmeldungen der Bundesnetzagentur berücksichtigt wird. Wir setzen uns dafür ein, technische Parameter und Versorgungsauflagen an das reale Nutzerverhalten anzupassen. So gewährleisten wir eine bessere Versorgung. Mobilfunknetzbetreiber und die Deutsche Bahn sollen zudem besser zusammenarbeiten, um die Mobilfunkversorgung weiter zu verbessern.

Mit unserem Antrag

Landwirtschaft tatsächlich entlasten – Ampel-Versprechen umgehend umsetzen

den wir in dieser Woche erstmals im Plenum beraten, fordern wir die Bundesregierung auf, ihren eigenen Ankündigungen Taten folgen zu lassen: Die den deutschen Land- und Forstwirten von der Koalition gegebenen Zusicherungen müssen jetzt in die Tat umgesetzt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag rechtzeitig vor der parlamentarischen Sommerpause 2024 einen Gesetzesentwurf vorzulegen, mit dem insbesondere die von der Regierungskoalition deutlich erhöhte steuerliche Belastung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe insgesamt auf ein Niveau abgesenkt wird, das dem europäischen Durchschnitt entspricht.

Darüber hinaus fordern wir Maßnahmen für eine deutliche Verbesserung der Liquidität sowie einen raschen und spürbaren Abbau der bürokratischen Lasten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Video der Woche

Am Donnerstagabend habe ich zum „Bundesbericht Bildung und Forschung geredet. Es ist geradezu erschütternd, wie lieblos die Ampel dieses zentrale Thema für unsere Zukunftsfähigkeit behandelt! KLICK

Zitat der Woche

«Längst sind die Folgen dieser Konflikte auch bei uns in Deutschland täglich sichtbar. China und Russland versuchen, einen spaltenden Keil in unsere Gesellschaft und zwischen die europäischen Völker zu treiben: mit Desinformation, Propaganda, Wahleinmischungen und täglichen Angriffen auf unsere Datennetze und auf unsere Infrastruktur. Sie beeinflussen. Sie schüren Ängste. Sie versuchen, unsere Zusammenarbeit zu schwächen.

Und, meine Damen und Herren, mit AfD und BSW und weiteren linken wie rechtsextremen Gruppen in Europa verfügen Russland und China über wissentliche, zumindest naiv und billigend in Kauf nehmende parteipolitische Unterstützung auch und vor allem bei uns in Deutschland. Ja, meine Damen und Herren, „nützliche Idioten“ hätte Sie Lenin voller Genugtuung genannt, wenn er dieses Treiben von Ihnen heute noch beobachten könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN).»

*(Fraktionsvorsitzender **Friedrich Merz** am Mittwoch in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers) – die ganze Rede hier: KLICK*

Bilder der Woche

Besuch beim **Kernkraftwerk Greifswald** (in Lubmin/Rubenow)

„Zwischenlager Nord“

„Zentrale Aktive Werkstatt“

In meiner Funktion als Berichterstatterin für den Haushalt des Bundesfinanzministeriums habe ich am Montag das – stillgelegte – Kernkraftwerk Greifswald besucht. Denn der Rückbau der kerntechnischen Anlagen sowie die sichere Zwischenlagerung und spätere Entsorgung von 74 CASTOR-Behältern wird aus dem BMF-Haushalt – **lang**fristig – finanziert.

Die Geschäftsführung schien von meinem Besuch recht angetan: „So gut vorbereitet war noch kein Gast vorher – und es waren schon einige da.“

„Zerlegehalle“

Die EM verzaubert die Hauptstadt wirklich!
Überall fröhliche Menschen … 😊

Splitter aus dem Wahlkreis

„Die schwierige Wirtschaftslage in Deutschland ist im Raum Gmünd angekommen.“ – so mein Fazit nach einem Gespräch mit dem **Geschäftsführer der Magna Gruppe, Thorsten Franz** und dem Gmünder Werksleiter Horst Fetzer.

Magna ist europaweit führend bei Tanksystemen. Die herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Bedingungen bekommt auch der am Gügling ansässige Standort der MAGNA Energie Storage Systems, mit Schwerpunkt Tanksysteme für LKW, zu spüren. Einbrüche im LKW-Tankgeschäft zwischen 20% und 30% seien die Folge und ziehen Personalabbau vor Ort bei der Leiharbeit nach sich. Auf dem Wunschzettel des Unternehmens stehen mehr Flexibilität, Entbürokratisierung und die Annullierung des Zulassungsverbots für Verbrennerfahrzeuge in Brüssel und Berlin.

Tausende Arbeitsplätze in meinem Wahlkreis hängen an der Zulieferindustrie – da darf für Ideologei kein Platz sein!

650 Jahre Gschwend – eine schöne Jubiläumsfeier bei „Kaiserwetter“

MINT Mitmach-Tage im „Haus der Kleinen Forscher“ – Explorino, Aalen
– so sehen unsere künftige Ingenieure und Forscherinnen aus. Ein toller Termin!

Dorffest in Kirchberg an der Murr – mit vielen Freunden und Bekannten

Sommerbegegnung der Kreishandwerkerschaft Ostalb in der „Villa Hirzel“

Große Ereignisse warfen ihren Schatten bereits voraus: GER - SCO

52. Backnanger Straßenfest

Mit TESAT-CEO Thomas Reinartz und Nathalie Mueller (u.a. Personal)

Die Streuobstkönigin gibt sich die Ehre